

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die formelle Tagung der Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung, Raumfahrt), Brüssel, 26./27. September 2019

Am **26. September 2019** fand in Brüssel die **Tagung der Minister für Wettbewerbsfähigkeit, Teil Binnenmarkt und Industrie** statt. Österreich wurde durch **Bundesministerin Elisabeth Udolf-Strobl** vertreten. Seitens der Europäischen Kommission waren die **Vizepräsidenten Jyrki Katainen** und **Maroš Šefčovič** sowie **Kommissarin Elżbieta Bieńkowska** (Binnenmarkt, Industrie und Unternehmertum, sowie kleine und mittlere Unternehmen) anwesend, den Vorsitz führte **Timo Harakka**, der finnische Arbeitsminister.

Am **27. September 2019** folgte der Forschungsteil des Rates, bei dem Österreich durch **Bundesministerin Iris Rauskala** vertreten war. Für die Europäische Kommission nahm **Kommissar Carlos Moedas** teil. Den Vorsitz führte **Katri Kulmuni**, die finnische Wirtschaftsministerin.

Binnenmarkt und Industrie

Zu Beginn der Tagung wurden die zentralen **TOPs *Entwicklung unserer wirtschaftlichen Basis* „*Vision für eine langfristige Strategie für ein nachhaltiges Wachstum*“ und „*Check-Up der Wettbewerbsfähigkeit*“** gemeinsam erörtert. Die Mitgliedstaaten unterstrichen die Wichtigkeit eines holistischen Ansatzes. Insbesondere die Rolle einer starken europäischen Industrie, die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung sowie das Thema der Klimaneutralität wurde dabei von den Mitgliedstaaten betont.

Österreich erwähnte in diesem Zusammenhang die zentrale Bedeutung der Entwicklung einer gemeinsam erarbeiteten europäischen Industriestrategie, welche Maßnahmen zur Förderung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt. Daher sprach sich Österreich für einen stärkeren Ausbau des digitalen Geschäfts in Europa sowie für eine raschere Digitalisierung der europäischen Industrie und der Dienstleistungen aus. Darüber hinaus wurden die Herausforderungen im Bereich des Klimawandels und des

Umweltschutzes ins Treffen geführt - vor allem der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft sei essentiell.

Die Mitgliedstaaten sprachen sich zudem für Vertiefung des Binnenmarkts mit Scale-Up Initiativen für KMU aus. Konsens bestand grundsätzlich dahingehend, dass diese Fragestellungen in das Arbeitsprogramm der neuen EK Eingang finden sollen.

Unter dem **TOP Sonstiges** berichtete der Vorsitz über den aktuellen Stand der *VO über die Typengenehmigung von KFZ hinsichtlich der Emissionen von leichten PKW und Nutzfahrzeugen*. Im Anschluss daran wurden zwei TOPs aus dem Bereich der KMU-Politik behandelt: Deutschland informierte über eine Forderung des Netzes der KMU-Beauftragten nach einer entschlossenen und vorausschauenden EU-Politik für KMU. Zudem erfolgte durch Tschechien eine Information über die Ergebnisse einer Konferenz zur Unterstützung von KMU, welche im Mai 2019 stattgefunden und unter anderem eine neue KMU-Definition behandelt hat. Abschließend gab die Europäische Kommission einen Überblick über die Arbeiten im Rahmen der Europäischen Batterie-Allianz.

Diesen Orientierungsaussprachen folgte ein Mittagessen zum Thema „Financing Sustainable Growth“.

Forschung

Die erste Orientierungsaussprache widmete sich der Vision für eine **Langzeitstrategie betreffend „Nachhaltiges Wachstum“**. Dafür wurde Anfang Juli ein Entwurf für einen Präsidentschaftsbericht mit dem Titel: „Entwicklung unserer wirtschaftlichen Basis: Vision für eine langfristige Strategie für nachhaltiges Wachstum“ (Developing our economic base: Vision for a long-term strategy on sustainable growth) vorgelegt. Der Vorsitz dankte dem scheidenden Kommissar Carlos Moedas für die erfolgreiche Arbeit im Bereich Forschung und Innovation und betonte die ausgezeichnete Zusammenarbeit, auf deren Grundlage auch die zukünftige Kommission aufbauen könne. Den globalen Herausforderungen könne man nur durch Betrachtung aus unterschiedlichen Blickwinkeln begegnen. Das vorliegende Präsidentschaftsdokument und die Ergebnisse der heutigen Diskussion sollen einen Beitrag für den Europäischen Rat im Oktober zur Umsetzung der Strategischen Agenda 2019–2024 leisten.

Kommissar Moedas bedankte sich für die Teilnahme an den vorangegangenen „Research and Innovation Days“, die zum ersten Mal von 24.-26. September 2019 in Brüssel stattfanden. Durch die Teilnahme unterschiedlichster Stakeholder habe man wertvollen Input für die Strategische Programmplanung erhalten. Das Thema nachhaltiges Wachstum auf die

Agenda des Rates zu setzen, sei eine gute Entscheidung gewesen. Gerade wenn es um Nachhaltigkeit gehe, sei ein Blick über die sektoralen Politiken hinweg essenziell. Das vorgelegte Dokument bereite eine gute Basis in Fragen der zukünftigen Implementierung und spiegle die Prioritäten des künftigen Kommissionskollegiums mit dem „European Green Deal“ wider. In der folgenden Tischrunde kamen die Mitgliedstaaten im Wesentlichen überein, dass es einen gesamtheitlichen Lösungsansatz über die sektoralen Politiken hinweg brauche, um im globalen Wettbewerb reüssieren zu können. Zentral sei es hierbei, dass Forschung einen wichtigen Beitrag leisten kann, jedoch besser mit anderen sektoralen Bereichen in Zusammenarbeit treten muss.

Österreich meinte, dass der Wohlstand nur aufrechterhalten wird, wenn es eine langfristige Strategie für nachhaltiges Wachstum gibt. Man hoffe, dass das Präsidentschaftspapier auch - wie von Kommissar Moedas angekündigt - in den Prioritäten des neuen Kommissionskollegiums Niederschlag finden wird. Ganz besonders möchte man die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften (GSK) erwähnen, die interdisziplinär einen wertvollen Beitrag leisten. Ein ambitioniertes Forschungsbudget sei zentral, um den Herausforderungen begegnen zu können. Ein europäischer Binnenmarkt für Forschung müsse daher gestärkt und alle Anstrengungen dafür mobilisiert werden.

Der Vorsitz fasste zusammen, dass eine Mehrzahl der Delegationen grundsätzlich mit der Ausrichtung des vorgelegten Dokuments zufrieden sei. Ein horizontaler Ansatz sei zentral, dieser müsse aber auch in der Praxis Anwendung finden. Forschung könne hierbei ein Bindeglied beziehungsweise ein Schlüsselfaktor sein, um mit anderen sektoralen Politiken zu interagieren. Wichtig sei hierbei, wirtschaftsfreundliche Voraussetzungen zu schaffen, damit Nachhaltigkeit nicht im Gegensatz zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit steht.

Die zweite Orientierungsaussprache war dem **Horizont Europa Paket und Synergien mit anderen EU-Programmen** gewidmet. Der Vorsitz stellte die Frage, wie EU-Programme, einschließlich Strukturfonds sowie nationale Fonds und andere Finanzierungsquellen wie die Europäische Investitionsbank, am besten genutzt werden können, um die Unterstützung strategischer Forschungs- und Innovationsinitiativen in Synergie mit Horizont Europa zu ergänzen.

Der Kommissar hielt eingangs fest, dass man 2014 von weitgehenden Synergien zwischen EU-Programmen noch weit entfernt gewesen sei. Man habe sich zur Einführung des „Exzellenzsiegels“ entschieden – und so wurde ein erster Schritt gemacht. Es war jedoch eine „top down“-Idee, die es auch an der Basis zu verankern gelte. Es bedürfe auch noch einiger rechtlicher Anpassungen bezüglich des EU-Beihilfenrechts.

In der anschließenden Diskussion betonten die Mitgliedstaaten die Wichtigkeit eines effektiven Zusammenspiels mit den anderen Programmen des Mehrjährigen Finanzrahmens, um die Wirkung von Horizont Europa zu erhöhen. Bei den Synergien mit den Strukturfonds verständigten sie sich darauf, dass komplementäre Förderungen aus den Strukturfonds und nationalen Mitteln vom EU-Beihilfenrecht ausgenommen werden müssten. Kommissar Moedas bestätigte, dass eine entsprechende Anpassung der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung derzeit in Arbeit sei.

Österreich betonte Synergien mit dem Weltraumprogramm. Es gehe dabei um Satellitendaten und -dienste, die bereits von den EU-Weltraumprogrammen Galileo/EGNOS und Copernicus zur Verfügung gestellt werden. Es sollte im Rahmen von Ausschreibungen in Horizont Europa auch für andere Politikbereiche darauf hingearbeitet werden, dass diese Daten und Services genutzt werden. Betreffend die Frage zur Bedeutung komplementärer Finanzierungsquellen für Europäische Partnerschaften sollten auf europäischer Ebene bestmögliche Voraussetzungen geschaffen werden, sodass komplementäre Finanzierung mit angemessenem administrativen Aufwand für alle Beteiligten möglich sei.

Der Vorsitz fasste zusammen, dass die Praktikabilität der Synergien mit Horizont Europa in der Anwendung Niederschlag finden müsste. Auch der Bürokratieabbau bei der Antragstellung sei ein immanentes Thema. Die Strategische Programmplanung sei ein wichtiges Werkzeug, um auf die noch offenen Fragen Antworten zu finden.

Diesen zwei Orientierungsaussprachen folgte ein Mittagessen zur Frage, wie Forschung helfen kann, die Klimaziele zu erfüllen.

Wir stellen daher im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Mag. Elisabeth Udolf-Strobl
Bundesministerin

Mag. Dr. Iris Rauskala
Bundesministerin